

MilitarisierteUkraine20220405

Primärquelle: [https://www.thepostil.com/the-military-situation-in-the-ukraine/?utm\\_source=sendfox&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=the-postil-april-newsletter](https://www.thepostil.com/the-military-situation-in-the-ukraine/?utm_source=sendfox&utm_medium=email&utm_campaign=the-postil-april-newsletter).

Zweite Quelle: <https://uncutnews.ch/die-militaerische-lage-in-der-ukraine/>.

# Die militärische Lage in der Ukraine

05. April 2022.

*Von Jacques Baud: Er ist ehemaliger Oberst des Generalstabs, ehemaliges Mitglied des strategischen Nachrichtendienstes der Schweiz und Spezialist für die östlichen Länder. Er wurde in den amerikanischen und britischen Geheimdiensten ausgebildet. Er war Leiter für die Friedensoperationen der Vereinten Nationen. Als UN-Experte für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen konzipierte und leitete er die erste multidimensionale UN-Nachrichteneinheit im Sudan. Er hat für die Afrikanische Union gearbeitet und war fünf Jahre lang bei der NATO für den Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen zuständig. Kurz nach dem Zusammenbruch der UdSSR war er an Gesprächen mit den höchsten russischen Militär- und Geheimdienstvertretern beteiligt. Innerhalb der NATO verfolgte er die Ukraine-Krise 2014 und beteiligte sich später an Programmen zur Unterstützung der Ukraine. Er ist Autor mehrerer Bücher über Geheimdienste, Krieg und Terrorismus, insbesondere „Le Détournement“ (SIGEST-Verlag), „Gouverner par les fake news“ und „L’affaire Navalny“. Sein neuestes Buch ist „Poutine, maître du jeu?“, veröffentlicht von Max Milo.*

## Erster Teil: Der Weg zum Krieg

Jahrelang habe ich mich von Mali bis Afghanistan für den Frieden eingesetzt und dafür mein Leben riskiert. Es geht also nicht darum, den Krieg zu rechtfertigen, sondern zu verstehen, was uns zu ihm geführt hat. Ich stelle fest, dass die „Experten“, die sich im Fernsehen abwechseln, die Situation auf der Grundlage von zweifelhaften Informationen analysieren – meist Hypothesen, die als Fakten aufgestellt werden – und dann gelingt es uns nicht mehr zu verstehen, was passiert. So werden Paniken erzeugt.

Das Problem besteht nicht so sehr darin, zu wissen, wer in diesem Konflikt Recht hat, sondern darin, die Art und Weise zu hinterfragen, wie unsere Führer ihre Entscheidungen treffen.

Versuchen wir, die Wurzeln des Konflikts zu untersuchen. Es beginnt mit denen, die seit acht Jahren von „Separatisten“ oder „Unabhängigen“ aus dem Donbass sprechen. Das ist nicht wahr. Die Referenden, die von den beiden selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk im Mai 2014 durchgeführt wurden, waren keine Referenden über „Unabhängigkeit“ (независимость), [wie einige skrupellose Journalisten behauptet haben](#), sondern Referenden über „Selbstbestimmung“ oder „Autonomie“ (самостоятельность). Der Zusatz „pro-russisch“ suggeriert, dass Russland eine Konfliktpartei war, was nicht der Fall war, und der Begriff „russischsprachig“ wäre ehrlicher gewesen. Außerdem wurden diese Referenden gegen den Rat von Wladimir Putin durchgeführt.

Diese Republiken wollten sich nämlich nicht von der Ukraine abspalten, sondern einen Autonomiestatus erhalten, der ihnen die Verwendung der russischen Sprache als Amtssprache garantiert. Die erste gesetzgeberische Maßnahme der neuen Regierung, die aus dem Sturz von Präsident Janukowitsch hervorging, war die Abschaffung des Kivalov-Kolesnichenko-Gesetzes von 2012, das Russisch zur Amtssprache machte, am 23. Februar 2014. Das ist in etwa so, als ob die Putschisten beschlossen hätten, dass Französisch und Italienisch in der Schweiz keine Amtssprachen mehr sein sollten.

Diese Entscheidung löste einen Sturm in der russischsprachigen Bevölkerung aus. Das Ergebnis war eine heftige Repression gegen die russischsprachigen Regionen (Odessa, Dnepropetrowsk, Charkow, Lugansk und Donezk), die ab Februar 2014 durchgeführt wurde und zu einer Militarisierung der Situation und einigen Massakern (vor allem in Odessa und Marioupol) führte. Am Ende des Sommers 2014 blieben nur die selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk übrig.

In dieser Phase war der ukrainische Generalstab zu starr und zu sehr in eine doktrinäre Herangehensweise an die Kunst der Operationen vertieft und unterwarf den Feind, aber ohne sich durchsetzen zu können. Die Untersuchung des Verlaufs der Kämpfe 2014-2016 im Donbass zeigt, dass der ukrainische Generalstab systematisch und mechanisch die gleichen operativen Schemata anwandte. Der von den Autonomisten geführte Krieg ähnelte jedoch sehr stark dem, was wir in der Sahelzone beobachtet haben: hochmobile Operationen, die mit leichten Mitteln geführt wurden. Mit einem flexibleren und weniger doktrinären Ansatz waren die Rebellen in der Lage, die Trägheit der ukrainischen Streitkräfte auszunutzen und sie immer wieder in die „Falle“ zu locken.

Als ich 2014 bei der NATO für den Kampf gegen die Verbreitung von Kleinwaffen zuständig war, versuchten wir, russische Waffenlieferungen an die Rebellen aufzuspüren, um herauszufinden, ob Moskau daran beteiligt war. Die Informationen, die wir damals erhielten, stammten fast ausschließlich von polnischen Nachrichtendiensten und stimmten nicht mit den Informationen der OSZE überein – trotz recht kruder Behauptungen gab es keine Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung aus Russland.

Die Rebellen waren dank der Überläufer aus russischsprachigen ukrainischen Einheiten, die auf die Seite der Rebellen wechselten, bewaffnet. Mit dem weiteren Versagen der ukrainischen Streitkräfte wurden die Reihen der Autonomisten durch Panzer-, Artillerie- und Flugabwehrbataillone verstärkt. Dies veranlasste die Ukrainer, sich zu den Minsker Vereinbarungen zu bekennen.

Doch kurz nach der Unterzeichnung des Minsker Abkommens 1 startete der ukrainische Präsident Petro Poroschenko eine massive Anti-Terror-Operation (АТО/Антитерористична операція) gegen den Donbass. *Bis repetita placent*: Von NATO-Offizieren schlecht beraten, erlitten die Ukrainer in Debalzewo eine vernichtende Niederlage, die sie zwang, sich auf die Minsk-2-Abkommen einzulassen.

Es ist wichtig, hier daran zu erinnern, dass die Abkommen von Minsk 1 (September 2014) und Minsk 2 (Februar 2015) nicht die Abspaltung oder Unabhängigkeit der Republiken vorsahen, sondern ihre Autonomie im Rahmen der Ukraine. Diejenigen, die [die Abkommen gelesen haben](#) (es gibt nur sehr, sehr, sehr wenige, die das tatsächlich getan haben), werden feststellen, dass in allen Briefen steht, dass der Status der Republiken zwischen Kiew und den Vertretern der Republiken ausgehandelt werden sollte, um eine interne Lösung für die Ukraine zu finden.

Deshalb hat Russland seit 2014 systematisch ihre Umsetzung gefordert, sich aber geweigert, an den Verhandlungen teilzunehmen, weil es sich um eine interne Angelegenheit der Ukraine handelte. Auf der anderen Seite hat der Westen – angeführt von Frankreich – systematisch versucht, die Minsker Vereinbarungen durch das „Normandie-Format“ zu ersetzen, bei dem sich Russen und Ukrainer von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden. Es sei jedoch daran erinnert, dass sich vor dem 23. und 24. Februar 2022 niemals russische Truppen im Donbass befanden. Außerdem haben [OSZE-Beobachter nie auch nur die geringste Spur von russischen Einheiten im Donbass beobachtet](#). Die von der [Washington Post am 3. Dezember 2021 veröffentlichte Karte des US-Geheimdienstes](#) zeigt zum Beispiel keine russischen Truppen im Donbass.

Im Oktober 2015 [gestand Vasyl Hrytsak](#), Direktor des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU), dass nur 56 russische Kämpfer im Donbass beobachtet worden seien. Das war genau vergleichbar mit den Schweizern, die in den 1990er Jahren an Wochenenden nach Bosnien zogen, um dort zu kämpfen, oder den Franzosen, die heute in der Ukraine kämpfen.

Die ukrainische Armee befand sich damals in einem beklagenswerten Zustand. Im Oktober 2018, nach vier Jahren Krieg, [erklärte der oberste ukrainische Militärstaatsanwalt, Anatoli Matios](#), dass die Ukraine im Donbass 2.700 Männer verloren hat: 891 durch Krankheiten, 318 durch Verkehrsunfälle, 177 durch andere Unfälle, 175 durch Vergiftungen (Alkohol, Drogen), 172 durch unvorsichtigen Umgang mit Waffen, 101 durch Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften, 228 durch Morde und 615 durch Selbstmorde.

In der Tat wurde die Armee durch die Korruption ihrer Kader unterminiert und genoss nicht mehr die Unterstützung der Bevölkerung. [Einem Bericht des britischen Innenministeriums zufolge](#) erschienen bei der Rückberufung von Reservisten im März/April 2014 70 Prozent nicht zur ersten Sitzung, 80 Prozent zur zweiten, 90 Prozent zur dritten und 95 Prozent zur vierten. Im Oktober/November 2017 [erschieden 70 % der Wehrpflichtigen nicht](#) zur Einberufungskampagne „Herbst 2017“. Dabei sind [Selbstmorde](#) und [Deserteure](#) (die oft zu den Autonomisten überliefen), die bis zu 30 Prozent der Arbeitskräfte im ATO-Gebiet erreichten, nicht mitgezählt. Junge Ukrainer weigerten sich, im Donbass zu kämpfen und zogen die Auswanderung vor, was zumindest teilweise auch das demografische Defizit des Landes erklärt.

Das ukrainische Verteidigungsministerium wandte sich daraufhin an die NATO, um seine Streitkräfte „attraktiver“ zu machen. Da ich bereits im Rahmen der Vereinten Nationen an ähnlichen Projekten gearbeitet hatte, wurde ich von der NATO gebeten, an einem Programm zur Wiederherstellung des Images der ukrainischen Streitkräfte mitzuwirken. Dies ist jedoch ein langfristiger Prozess, und die Ukrainer wollten schnell handeln.

Um den Mangel an Soldaten auszugleichen, griff die ukrainische Regierung auf paramilitärische Milizen zurück. Sie bestehen im Wesentlichen aus ausländischen Söldnern, oft rechtsextremen Kämpfern. Im Jahr 2020 machten sie [laut Reuters](#) etwa 40 Prozent der ukrainischen Streitkräfte aus und umfassten rund 102.000 Mann. Bewaffnet, finanziert und ausgebildet wurden sie von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kanada und Frankreich. Es waren mehr als 19 Nationalitäten vertreten – darunter auch Schweizer.

Westliche Länder haben also eindeutig ukrainische [rechtsextreme Milizen geschaffen und unterstützt](#). Im Oktober 2021 schlug die „Jerusalem Post Alarm“ und prangerte das [„Centuria“-Projekt](#) an. Diese Milizen waren seit 2014 mit westlicher Unterstützung im Donbass aktiv. Auch wenn man sich über den Begriff „Nazi“ streiten kann, bleibt die

Tatsache bestehen, dass diese Milizen gewalttätig sind, eine widerliche Ideologie verbreiten und virulent antisemitisch sind. Ihr Antisemitismus ist eher [kultureller als politischer Natur](#), weshalb der Begriff „Nazi“ nicht wirklich angebracht ist. Ihr Judenhass hat seinen Ursprung in den großen Hungersnöten der 1920er und 1930er Jahre in der Ukraine, die auf Stalins Beschlagnahmung der Ernten zur Finanzierung der Modernisierung der Roten Armee zurückzuführen sind. Dieser Völkermord – in der Ukraine als „Holodomor“ bekannt – wurde vom NKWD (dem Vorläufer des KGB) verübt, dessen obere Führungsetagen hauptsächlich aus Juden bestanden. Aus diesem Grund [fordern ukrainische Extremisten heute Israel auf, sich für die Verbrechen des Kommunismus zu entschuldigen](#), wie die „Jerusalem Post“ schreibt. Dies ist weit entfernt von Wladimir Putins [„Umschreiben der Geschichte“](#).

Diese Milizen, die aus den rechtsextremen Gruppen hervorgegangen sind, die 2014 die Euromaidan-Revolution anheizten, bestehen aus fanatischen und brutalen Individuen. Das bekannteste von ihnen ist das Asow-Regiment, dessen Emblem an die 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ erinnert, die in der Ukraine für die Befreiung Charkows von den Sowjets im Jahr 1943 verehrt wird, bevor sie 1944 das Massaker von Oradour-sur-Glane in Frankreich verübte.

Zu den berühmten Persönlichkeiten des Asow-Regiments gehörte der Gegner Roman Protassewitsch, der 2021 von den belarussischen Behörden im Zusammenhang mit dem RyanAir-Flug FR4978 verhaftet wurde. Am 23. Mai 2021 wurde [die vorsätzliche Entführung eines Verkehrsflugzeugs](#) durch eine MiG – angeblich mit Putins Zustimmung – als Grund für die Verhaftung von Protassewitsch genannt, obwohl die [damals verfügbaren Informationen](#) dieses Szenario in keiner Weise bestätigten.

Aber dann musste gezeigt werden, dass Präsident Lukaschenko ein Verbrecher und Protassewitsch ein „Journalist“ ist, der die Demokratie liebt. Eine ziemlich aufschlussreiche [Untersuchung einer amerikanischen NGO](#) aus dem Jahr 2020 zeigte jedoch Protassewitschs rechtsextreme Aktivitäten auf. Daraufhin setzte die westliche Verschwörungsbewegung ein, und skrupellose Medien haben seine Biografie „geglättet“. Im Januar 2022 wurde schließlich [der ICAO-Bericht veröffentlicht](#), aus dem hervorging, dass Weißrussland trotz einiger Verfahrensfehler im Einklang mit den geltenden Vorschriften gehandelt hat und dass die MiG-29 15 Minuten nach der Entscheidung des RyanAir-Piloten, in Minsk zu landen, gestartet ist. Also keine weißrussische Verschwörung und noch weniger Putin. Ah! ... Ein weiteres Detail: Protassewitsch, der von der belarussischen Polizei [grausam gefoltert](#) wurde, ist jetzt frei. Wer mit ihm korrespondieren möchte, kann dies auf [seinem Twitter-Account](#) tun.

Die Charakterisierung der ukrainischen Paramilitärs als „Nazis“ oder „Neo-Nazis“ [gilt als russische Propaganda](#). Mag sein. Aber das ist nicht die Ansicht der [„Times of Israel“](#), des [Simon Wiesenthal Center](#) oder des [Zentrums für Terrorismusbekämpfung der West Point Academy](#). Aber darüber lässt sich streiten, denn 2014 schien das [Magazin „Newsweek“](#) sie eher mit dem Islamischen Staat in Verbindung zu bringen ... Suchen Sie es sich aus!

Der Westen hat also Milizen unterstützt und weiter bewaffnet, die sich [seit 2014 zahlreicher Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht haben](#): Vergewaltigungen, Folter und Massaker. Aber während die Schweizer Regierung sehr schnell Sanktionen gegen Russland ergriffen hat, hat sie keine gegen die Ukraine beschlossen, die seit 2014 ihre eigene Bevölkerung massakriert. Tatsächlich haben diejenigen, [die die Menschenrechte in der Ukraine verteidigen](#), die Aktionen dieser Gruppen seit langem verurteilt, aber sie wurden von unseren Regierungen nicht unterstützt. Denn in Wirklichkeit versuchen wir nicht, der Ukraine zu helfen, sondern Russland zu bekämpfen.

Die Integration dieser paramilitärischen Kräfte in die Nationalgarde ging keineswegs mit einer „Entnazifizierung“ einher, [wie manche behaupten](#). Unter den vielen Beispielen ist das Abzeichen des Asow-Regiments sehr aufschlussreich:



Im Jahr 2022 waren die ukrainischen Streitkräfte, die gegen die russische Offensive kämpften, sehr schematisch ausgedrückt folgendermaßen organisiert:

- Das Heer, das dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Es ist in 3 Armeekorps gegliedert und besteht aus Manövrierverbänden (Panzer, schwere Artillerie, Raketen, usw.).
- Die Nationalgarde, die dem Innenministerium untersteht und in 5 territoriale Kommandos gegliedert ist.

Die Nationalgarde ist also eine territoriale Verteidigungseinheit, die nicht Teil der ukrainischen Armee ist. Sie umfasst paramilitärische Milizen, die als „Freiwilligenbataillone“ (добровольчі батальйони) bezeichnet werden, auch unter dem vielsagenden Namen „Vergeltungsbataillone“ bekannt sind und aus Infanterie bestehen. Sie wurden in erster Linie für den Stadtkampf ausgebildet und verteidigen heute Städte wie Charkow, Mariupol, Odessa, Kiew usw.

## Zweiter Teil: Der Krieg

Als ehemaliger Chef der Warschauer-Pakt-Truppen im strategischen Nachrichtendienst der Schweiz beobachte ich mit Bedauern, aber nicht mit Erstaunen, dass unsere Dienste nicht mehr in der Lage sind, die militärische Lage in der Ukraine zu verstehen. Die selbsternannten „Experten“, die auf unseren Bildschirmen paradieren, geben unermüdlich dieselben Informationen weiter, moduliert durch die Behauptung, Russland – und Wladimir Putin – agierten irrational. Lassen Sie uns einen Schritt zurücktreten.

### 1. Der Ausbruch des Krieges

Seit November 2021 haben die Amerikaner ständig mit einer russischen Invasion in der Ukraine gedroht. Die Ukrainer scheinen jedoch nicht einverstanden zu sein. Warum nicht?

Wir müssen bis zum 24. März 2021 zurückgehen. An diesem Tag erließ [Wolodymyr Zelenskij ein Dekret](#) zur [Rückeroberung der Krim](#) und begann mit der Verlegung seiner Streitkräfte in den Süden des Landes. Gleichzeitig fanden mehrere NATO-Übungen zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee statt, begleitet von einer [deutlichen Zunahme der Aufklärungsflüge entlang der russischen Grenze](#). Russland führte daraufhin mehrere Übungen durch, um die Einsatzbereitschaft seiner Truppen zu testen und um zu zeigen, dass es die Entwicklung der Lage verfolgte.

Die Lage beruhigte sich erst im Oktober/November mit dem Ende der ZAPAD 21-Übungen, deren Truppenbewegungen als Verstärkung für eine Offensive gegen die Ukraine interpretiert wurden. Doch selbst die ukrainischen Behörden wiesen den Gedanken an russische Kriegsvorbereitungen zurück, und Oleksij Reznikow, der ukrainische Verteidigungsminister, erklärte, dass [es seit dem Frühjahr keine Veränderungen an der Grenze gegeben habe](#).

Unter Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen führte die Ukraine im Donbass Luftangriffe mit Drohnen durch, darunter [mindestens ein Angriff auf ein Treibstoffdepot in Donezk](#) im Oktober 2021. Die amerikanische Presse nahm dies zur Kenntnis, die Europäer jedoch nicht, und niemand verurteilte diese Verstöße.

Im Februar 2022 überstürzten sich die Ereignisse. Am 7. Februar [bekräftigte Emmanuel Macron](#) bei seinem Besuch in Moskau gegenüber Wladimir Putin sein Bekenntnis zu den Minsker Vereinbarungen, das er nach seinem Treffen mit Wolodymyr Zelenski am nächsten Tag [wiederholte](#). Doch am 11. Februar endete das Treffen der politischen Berater der Staats- und Regierungschefs des „Normandie-Formats“ in Berlin nach neunstündiger Arbeit ohne konkrete Ergebnisse: Die Ukrainer [weigerten sich nach wie vor, die Minsker Vereinbarungen anzuwenden](#), offenbar auf Druck der Vereinigten Staaten. Wladimir Putin bemerkte, dass Macron leere Versprechungen gemacht habe und dass der Westen nicht bereit sei, die Vereinbarungen durchzusetzen, wie er es seit acht Jahren tue.

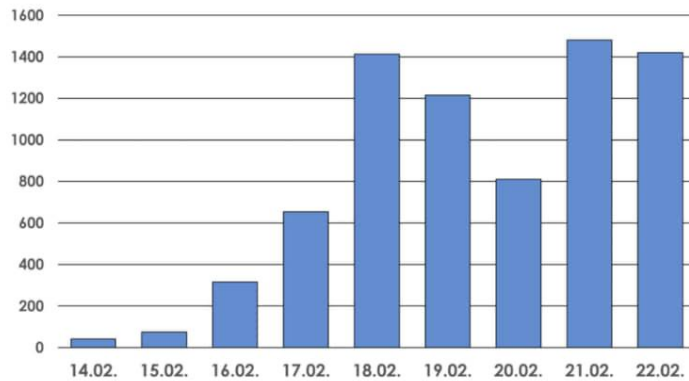
Die ukrainischen Vorbereitungen in der Kontaktzone gingen weiter. Das russische Parlament wurde alarmiert und forderte Wladimir Putin am 15. Februar auf, die Unabhängigkeit der Republiken anzuerkennen, was dieser ablehnte.

Am 17. Februar [kündigte Präsident Joe Biden an](#), dass Russland in den nächsten Tagen die Ukraine angreifen werde. Wie konnte er das wissen? Das ist ein Rätsel. Aber seit dem 16. Februar hat der Artilleriebeschuss der Bevölkerung im Donbass dramatisch zugenommen, wie die täglichen Berichte der OSZE-Beobachter zeigen. Natürlich reagieren weder die Medien, noch die Europäische Union, noch die NATO, noch irgendeine westliche Regierung darauf oder greifen ein. Es wird später gesagt werden, dass dies eine russische Desinformation ist. Es scheint in der Tat so zu sein, dass die Europäische Union und einige Länder absichtlich über das Massaker an der Bevölkerung im Donbass geschwiegen haben, weil sie wussten, dass dies eine russische Intervention provozieren würde.

Gleichzeitig gab es Berichte über Sabotageakte im Donbass. Am 18. Januar fingen Kämpfer aus dem Donbass Saboteure ab, die Polnisch sprachen, mit westlicher Ausrüstung ausgestattet waren und versuchten, in Gorliwka chemische Zwischenfälle zu verursachen. Es [könnte sich um CIA-Söldner handeln](#), die von den Amerikanern angeleitet oder „beraten“ wurden und

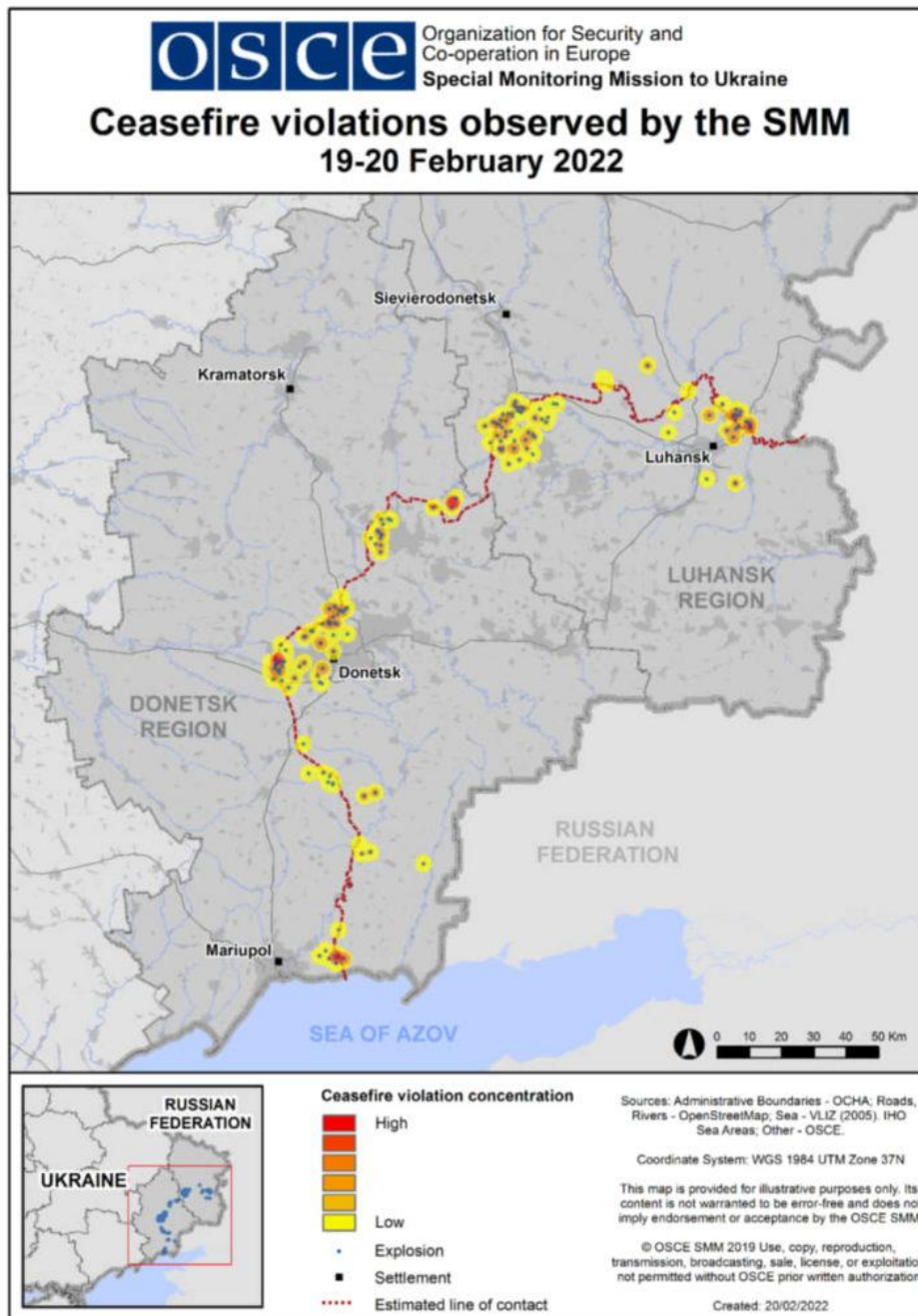
sich aus ukrainischen oder europäischen Kämpfern zusammensetzten, um Sabotageaktionen in den Donbass-Republiken durchzuführen.

## Number of Explosions in Donbass (19-20 February 2022)



**The massive increase in shelling against the population of Donbass on February 16 told the Russians that a major offensive was imminent. This is what led Putin to recognize the independence of the Republics and to consider an intervention under Article 51 of the UN Charter.**

(Source: OSCE SMM Daily Reports)



Tatsächlich wusste Joe Biden bereits am 16. Februar, dass die Ukrainer mit dem Beschluss der Zivilbevölkerung im Donbass begonnen hatten, was Wladimir Putin vor eine schwierige Wahl stellte: entweder dem Donbass militärisch zu helfen und ein internationales Problem zu schaffen oder tatenlos zuzusehen, wie die russischsprachige Bevölkerung des Donbass vernichtet wird.

Wenn er sich für ein Eingreifen entschied, konnte sich Putin auf die internationale Verpflichtung der „Schutzverantwortung“ (R2P) berufen. Er wusste jedoch, dass die Intervention, unabhängig von ihrer Art und ihrem Umfang, einen Sturm von Sanktionen auslösen würde. Unabhängig davon, ob sich die russische Intervention auf den Donbass beschränken oder darüber hinausgehen würde, um den Westen in Bezug auf den Status der



Ukraine unter Druck zu setzen, wäre der zu zahlende Preis derselbe. Dies erklärte er in seiner Rede am 21. Februar.

An diesem Tag stimmte er dem Ersuchen der Duma zu und erkannte die Unabhängigkeit der beiden Donbass-Republiken an; gleichzeitig unterzeichnete er Freundschafts- und Beistandsverträge mit ihnen.

Der ukrainische Artilleriebeschuss auf die Bevölkerung des Donbass ging weiter, und am 23. Februar baten die beiden Republiken Russland um militärische Unterstützung. Am 24. Februar berief sich Wladimir Putin auf Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, der gegenseitige Militärhilfe im Rahmen eines Verteidigungsbündnisses vorsieht.

Um die russische Intervention in den Augen der Öffentlichkeit völlig illegal zu machen, haben wir bewusst verschwiegen, dass der Krieg eigentlich schon am 16. Februar begann. Die ukrainische Armee bereitete bereits 2021 einen Angriff auf den Donbass vor, was einigen russischen und europäischen Geheimdiensten durchaus bekannt war. Juristen werden darüber urteilen.

In seiner Rede vom 24. Februar nannte Wladimir Putin die beiden Ziele seiner Operation: „Entmilitarisierung“ und „Entnazifizierung“ der Ukraine. Es geht also nicht darum, die Ukraine zu übernehmen, vermutlich nicht einmal zu besetzen, und schon gar nicht, sie zu zerstören.

Von diesem Zeitpunkt an ist unser Einblick in den Verlauf der Operation begrenzt: Die Russen verfügen über eine ausgezeichnete Geheimhaltung der Operationen (OPSEC) und die Einzelheiten ihrer Planung sind nicht bekannt. Der Verlauf der Operation erlaubt uns jedoch relativ schnell zu verstehen, wie die strategischen Ziele auf operativer Ebene umgesetzt wurden.

Entmilitarisierung:

- Zerstörung der ukrainischen Luftfahrt, der Luftabwehrsysteme und der Aufklärungseinrichtungen am Boden;
- Neutralisierung der Kommando- und Nachrichtendienststrukturen (C3I) sowie der wichtigsten logistischen Routen in der Tiefe des Territoriums;
- Einkreisung des Großteils der ukrainischen Armee, die im Südosten des Landes zusammengezogen ist.

Entnazifizierung:

- Zerstörung oder Neutralisierung von Freiwilligenbataillonen, die in den Städten Odessa, Charkow und Mariupol sowie in verschiedenen Einrichtungen in diesem Gebiet operieren.

## **2. Entmilitarisierung**

Die russische Offensive wurde in einer sehr „klassischen“ Weise durchgeführt. Sie begann – wie die Israelis es 1967 gemacht haben – mit der Zerstörung der Luftwaffe am Boden in den ersten Stunden. Dann wurde man Zeuge eines gleichzeitigen Vormarsches entlang mehrerer Achsen nach dem Prinzip des „fließenden Wassers“: Vormarsch überall dort, wo der Widerstand schwach war, und Aussparung der (truppenmäßig sehr anspruchsvollen) Städte

für später. Im Norden wurde das Kraftwerk von Tschernobyl sofort besetzt, um Sabotageakte zu verhindern. Die Bilder von ukrainischen und russischen Soldaten, [die das Kraftwerk gemeinsam bewachen](#), werden natürlich nicht gezeigt.

Die Idee, dass Russland versucht, die Hauptstadt Kiew zu übernehmen, um Zelenski zu beseitigen, kommt typischerweise aus dem Westen – das haben sie in Afghanistan, im Irak und in Libyen getan, [und das wollten sie in Syrien mit Hilfe des Islamischen Staates tun](#). Aber Wladimir Putin hatte nie die Absicht, Zelenski zu erschießen oder zu stürzen. Stattdessen versucht Russland, ihn an der Macht zu halten, indem es ihn zu Verhandlungen drängt, indem es Kiew umzingelt. Bislang hatte er sich geweigert, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen. Doch nun wollen die Russen die Neutralität der Ukraine erreichen.

Viele westliche Kommentatoren waren überrascht, dass die Russen weiterhin eine Verhandlungslösung anstrebten, während sie militärische Operationen durchführten. Die Erklärung dafür liegt in der strategischen Ausrichtung Russlands seit der Sowjetzeit. Für den Westen beginnt der Krieg, wenn die Politik endet. Der russische Ansatz folgt jedoch einer Clausewitz'schen Inspiration: Krieg ist die Kontinuität der Politik, und man kann fließend von der einen zur anderen übergehen, sogar während des Kampfes. Dies ermöglicht es, Druck auf den Gegner auszuüben und ihn zu Verhandlungen zu bewegen.

In operativer Hinsicht war die russische Offensive beispielhaft: In sechs Tagen eroberten die Russen ein Gebiet, das so groß war wie das Vereinigte Königreich, und rückten dabei schneller vor als selbst die Wehrmacht im Jahr 1940.

Der Großteil der ukrainischen Armee war im Süden des Landes stationiert, um sich auf eine größere Operation im Donbass vorzubereiten. Deshalb konnten die russischen Streitkräfte sie ab Anfang März im „Kessel“ zwischen Slawjansk, Kramatorsk und Sewerodonezk einkesseln, mit einem Vorstoß von Osten über Charkow und einem weiteren von Süden von der Krim aus. Truppen aus den Republiken Donezk (DVR) und Lugansk (LPR) ergänzen die russischen Streitkräfte mit einem Vorstoß aus dem Osten.

In diesem Stadium ziehen die russischen Streitkräfte die Schlinge langsam zu, stehen aber nicht mehr unter Zeitdruck. Ihr Ziel der Entmilitarisierung ist so gut wie erreicht, und die verbleibenden ukrainischen Streitkräfte verfügen nicht mehr über eine operative und strategische Kommandostruktur.

Die „Verlangsamung“, die unsere „Experten“ auf die schlechte Logistik zurückführen, ist nur die Folge des Erreichens ihrer Ziele. Russland scheint sich nicht auf eine Besetzung des gesamten ukrainischen Territoriums einlassen zu wollen. Vielmehr scheint Russland zu versuchen, seinen Vormarsch auf die sprachliche Grenze des Landes zu beschränken.

Unsere Medien berichten von wahllosen Bombardements gegen die Zivilbevölkerung, vor allem in Charkow, und es werden in einer Endlosschleife dantische Bilder gesendet. Gonzalo Lira, ein Lateinamerikaner, der dort lebt, zeigt uns jedoch am 10. und 11. März eine ruhige Stadt. Es stimmt, dass es sich um eine große Stadt handelt und wir nicht alles sehen können, aber es scheint darauf hinzuweisen, dass wir uns nicht in dem totalen Krieg befinden, der uns ständig auf den Bildschirmen serviert wird.

Was die Donbass-Republiken angeht, so haben sie ihre eigenen Gebiete „befreit“ und kämpfen in der Stadt Mariupol.

### 3. Entnazifizierung

In Städten wie Charkow, Mariupol und Odessa wird die Verteidigung von paramilitärischen Milizen übernommen. Sie wissen, dass das Ziel der „Entnazifizierung“ in erster Linie auf sie ausgerichtet ist.

Für einen Angreifer in einem städtischen Gebiet sind die Zivilisten ein Problem. Deshalb versucht Russland, humanitäre Korridore zu schaffen, um die Städte von Zivilisten zu befreien und nur die Milizen zurückzulassen, um sie leichter bekämpfen zu können.

Umgekehrt versuchen die Milizen, Zivilisten in den Städten zu halten, um die russische Armee davon abzuhalten, dort zu kämpfen. Deshalb sträuben sie sich gegen die Einrichtung dieser Korridore und tun alles, damit die russischen Bemühungen erfolglos bleiben – sie können die Zivilbevölkerung als „menschliche Schutzschilde“ benutzen. Videos, die zeigen, wie Zivilisten versuchen, Mariupol zu verlassen und dabei von Kämpfern des Asow-Regiments verprügelt werden, werden bei uns natürlich sorgfältig zensiert.

Auf Facebook wurde die Asow-Gruppe in die gleiche Kategorie wie der Islamische Staat eingestuft und unterlag den „Richtlinien für gefährliche Personen und Organisationen“ der Plattform. Es war daher verboten, sie zu verherrlichen, und „Beiträge“, die ihr positiv gegenüberstanden, wurden systematisch verboten. [Am 24. Februar änderte Facebook jedoch seine Politik und erlaubte Beiträge, die die Miliz unterstützten](#). Im März erlaubte die Plattform in den ehemaligen Ostländern [Aufrufe zur Ermordung russischer Soldaten und Führer](#). So viel zu den Werten, die unsere Führer inspirieren, wie wir sehen werden.

Unsere Medien propagieren ein romantisches Bild des Volkswiderstands. Dieses Bild hat die Europäische Union dazu veranlasst, die Verteilung von Waffen an die Zivilbevölkerung zu finanzieren. Dies ist ein krimineller Akt. In meiner Funktion als Leiter der Friedenssicherungsdoktrin bei der UNO habe ich mich mit der Frage des Schutzes der Zivilbevölkerung beschäftigt. Wir haben festgestellt, dass Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in ganz bestimmten Kontexten auftritt. Vor allem dann, wenn Waffen im Überfluss vorhanden sind und es keine Kommandostrukturen gibt.

Diese Kommandostrukturen sind das Wesen von Armeen: Ihre Funktion besteht darin, den Einsatz von Gewalt auf ein Ziel auszurichten. Indem die EU die Bürger willkürlich bewaffnet, wie es derzeit der Fall ist, macht sie sie zu Kombattanten und damit zu potenziellen Zielscheiben. Außerdem führt die Verteilung von Waffen ohne Kommando und ohne operative Ziele unweigerlich zu Vendetten, Banditentum und Aktionen, die eher tödlich als effektiv sind. Der Krieg wird zu einer Angelegenheit der Gefühle. Macht wird zu Gewalt. So geschehen in Tawarga (Libyen) vom 11. bis 13. August 2011, wo 30.000 Schwarzafrikaner mit (illegal) von Frankreich abgeworfenen Waffen massakriert wurden. Übrigens sieht das britische „Royal Institute for Strategic Studies“ (RUSI) [in diesen Waffenlieferungen keinen Mehrwert](#).

Wenn man Waffen an ein Land liefert, das sich im Krieg befindet, setzt man sich außerdem der Gefahr aus, als Kriegspartei betrachtet zu werden. Die russischen Angriffe vom 13. März 2022 auf den Luftwaffenstützpunkt Mykolajew erfolgten [nach russischen Warnungen](#), dass Waffenlieferungen als feindliche Ziele behandelt würden.

Die EU wiederholt die katastrophalen Erfahrungen des Dritten Reichs in den letzten Stunden der Schlacht um Berlin. Der Krieg muss dem Militär überlassen werden, und wenn eine Seite

verloren hat, muss das zugegeben werden. Und wenn es Widerstand geben soll, dann muss er geführt und strukturiert werden. Aber wir tun genau das Gegenteil – wir drängen die Bürger, in den Kampf zu ziehen, und gleichzeitig genehmigt Facebook Aufrufe zum Mord an russischen Soldaten und Führern. So viel zu den Werten, die uns inspirieren.

Einige Geheimdienste sehen in dieser unverantwortlichen Entscheidung eine Möglichkeit, die ukrainische Bevölkerung als Kanonenfutter für den Kampf gegen Wladimir Putins Russland zu benutzen. Diese Art von mörderischer Entscheidung hätte man den Kollegen von Ursula von der Leyens Großvater überlassen sollen. Es wäre besser gewesen, in Verhandlungen einzutreten und so Garantien für die Zivilbevölkerung zu erhalten, als Öl ins Feuer zu gießen. Es ist leicht, mit dem Blut anderer kämpferisch zu sein.

#### **4. Das Entbindungs Krankenhaus in Mariupol**

Es ist wichtig, im Voraus zu verstehen, dass nicht die ukrainische Armee Mariupol verteidigt, sondern die Asow-Miliz, die aus ausländischen Söldnern besteht.

In ihrer Zusammenfassung der Situation vom 7. März 2022 [erklärte die russische UN-Mission](#) in New York: „Einwohner berichten, dass die ukrainischen Streitkräfte das Personal aus dem Geburtskrankenhaus Nr. 1 der Stadt Mariupol vertrieben und einen Schießstand in der Einrichtung eingerichtet haben.“

Am 8. März [veröffentlichte das unabhängige russische Medium „Lenta.ru“](#) die Aussagen von Zivilisten aus Mariupol, die berichteten, dass das Entbindungs Krankenhaus von der Miliz des Asow-Regiments übernommen wurde und diese die zivilen Bewohner vertrieben, indem sie sie mit ihren Waffen bedrohten. Sie bestätigten die Aussagen des russischen Botschafters einige Stunden zuvor.

Das Krankenhaus in Mariupol befindet sich in einer dominanten Position, die sich hervorragend für die Aufstellung von Panzerabwehrwaffen und zur Beobachtung eignet. Am 9. März griffen russische Streitkräfte das Gebäude an. [CNN zufolge](#) wurden 17 Menschen verletzt, aber die Bilder zeigen keine Verletzten in dem Gebäude, und es gibt keine Hinweise darauf, dass die genannten Opfer mit diesem Angriff in Verbindung stehen. Es ist von Kindern die Rede, aber in Wirklichkeit ist nichts zu sehen. Das kann, muss aber nicht stimmen. Das hindert die führenden Politiker der EU jedoch nicht daran, [dies als Kriegsverbrechen zu betrachten](#). Und das erlaubt es Zelensky, eine Flugverbotszone über der Ukraine zu fordern.

In Wirklichkeit wissen wir nicht genau, was passiert ist. Aber die Abfolge der Ereignisse deutet darauf hin, dass die russischen Streitkräfte eine Stellung des Asow-Regiments angegriffen haben und dass die Entbindungsstation danach frei von Zivilisten war.

Das Problem ist, dass die paramilitärischen Milizen, die die Städte verteidigen, von der internationalen Gemeinschaft ermutigt werden, sich nicht an die Regeln des Krieges zu halten. Es scheint, als hätten die Ukrainer [das Szenario der Entbindungsstation in Kuwait City im Jahr 1990 nachgespielt](#), das von der Firma Hill & Knowlton für 10,7 Millionen Dollar vollständig inszeniert wurde, um den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen davon zu überzeugen, im Rahmen der Operation Desert Shield/Storm im Irak zu intervenieren.

Westliche Politiker haben acht Jahre lang zivile Angriffe im Donbass hingenommen, ohne irgendwelche Sanktionen gegen die ukrainische Regierung zu beschließen. Wir sind längst in

eine Dynamik eingetreten, in der sich westliche Politiker bereit erklärt haben, [das Völkerrecht für ihr Ziel der Schwächung Russlands zu opfern](#).

## Dritter Teil: Schlussfolgerungen

Als ehemaliger Geheimdienstler fällt mir als Erstes die völlige Abwesenheit der westlichen Nachrichtendienste bei der Darstellung der Lage im letzten Jahr auf. [In der Schweiz](#) wurden die Dienste dafür kritisiert, dass sie kein korrektes Bild der Lage geliefert haben. In der Tat scheint es, dass in der gesamten westlichen Welt die Nachrichtendienste von den Politikern überrollt werden. Das Problem ist, dass es die Politiker sind, die entscheiden – der beste Nachrichtendienst der Welt ist nutzlos, wenn der Entscheidungsträger nicht zuhört. Genau das ist in dieser Krise geschehen.

Während also einige Nachrichtendienste ein sehr genaues und rationales Bild der Situation hatten, hatten andere eindeutig das gleiche Bild, das von unseren Medien propagiert wurde. In dieser Krise haben die Dienste der Länder des „neuen Europa“ eine wichtige Rolle gespielt. Das Problem ist, dass sie meiner Erfahrung nach auf der analytischen Ebene extrem schlecht sind – sie sind doktrinär, ihnen fehlt die intellektuelle und politische Unabhängigkeit, die notwendig ist, um eine Situation mit militärischer „Qualität“ zu bewerten. Es ist besser, sie als Feinde denn als Freunde zu haben.

Zweitens hat es den Anschein, dass die Politiker in einigen europäischen Ländern ihre Dienste absichtlich ignoriert haben, um ideologisch auf die Situation zu reagieren. Aus diesem Grund war diese Krise von Anfang an irrational. Es sei darauf hingewiesen, dass alle Dokumente, die der Öffentlichkeit während dieser Krise vorgelegt wurden, von Politikern auf der Grundlage kommerzieller Quellen präsentiert wurden.

Einige westliche Politiker wollten offensichtlich, dass es zu einem Konflikt kommt. In den Vereinigten Staaten waren die Angriffsszenarien, die Anthony Blinken dem Sicherheitsrat präsentierte, nur das Produkt der Phantasie eines [für ihn arbeitenden Tiger-Teams](#) – er tat genau das, was Donald Rumsfeld 2002 getan hatte, der damit die CIA und andere Nachrichtendienste „umgangen“ hatte, die in Bezug auf die irakischen Chemiewaffen viel weniger überzeugend waren.

Die dramatischen Entwicklungen, die wir heute erleben, haben Ursachen, von wir kannten, aber nicht sehen wollten:

- auf strategischer Ebene die Erweiterung der NATO (die wir hier nicht behandelt haben);
- auf politischer Ebene die Weigerung des Westens, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen;
- und auf operativer Ebene die kontinuierlichen und wiederholten Angriffe auf die Zivilbevölkerung des Donbass in den letzten Jahren und die dramatische Zunahme Ende Februar 2022.

Mit anderen Worten: Natürlich können wir den russischen Angriff bedauern und verurteilen. Aber WIR (das heißt: die Vereinigten Staaten, Frankreich und die Europäische Union an der Spitze) haben die Bedingungen für den Ausbruch eines Konflikts geschaffen. Wir zeigen Mitgefühl für das ukrainische Volk und [die zwei Millionen Flüchtlinge](#). Das ist gut so. Aber wenn wir auch nur ein Minimum an Mitgefühl für die [gleiche Anzahl von Flüchtlingen aus der ukrainischen Bevölkerung des Donbass](#) gehabt hätten, die von ihrer eigenen Regierung

massakriert wurden und acht Jahre lang in Russland Zuflucht gesucht haben, wäre dies alles wahrscheinlich nicht passiert.

	In territory control- led by the self-pro- claimed "Republics"	In Government- controlled territory	In "no man's land"	Total	Decrease compared with previous year, per cent
2018	128	27	7	162	41.9
2019	85	18	2	105	35.2
2020	61	9	0	70	33.3
2021	36	8	0	44	37.1
Total	310	62	9	381	
Per cent	81.4	16.3	2.3	100.0	

*Opfer unter der Zivilbevölkerung durch aktive Feindseligkeiten im Zeitraum 2018-2021, nach Gebiet*

*Wie wir sehen, sind mehr als 80 % der Opfer im Donbass auf den Beschluss durch die ukrainische Armee zurückzuführen. Jahrelang hat der Westen zu dem Massaker der Regierung in Kiew an russischsprachigen Ukrainern geschwiegen, ohne jemals zu versuchen, Druck auf Kiew auszuüben. Es ist dieses Schweigen, das die russische Seite zum Handeln zwang. [Quelle: „[Conflict-related civilian casualties](#)“, Menschenrechtsbeobachtungsmission der Vereinten Nationen in der Ukraine].*

Ob der Begriff „Völkermord“ auf die Übergriffe auf die Bevölkerung des Donbass zutrifft, ist eine offene Frage. Der Begriff ist im Allgemeinen Fällen größeren Ausmaßes vorbehalten (Holocaust usw.). Die Definition in der [Völkermordkonvention](#) ist jedoch wahrscheinlich weit genug gefasst, um auf diesen Fall anwendbar zu sein. Rechtsgelehrte werden das verstehen.

Dieser Konflikt hat uns eindeutig in die Hysterie getrieben. Sanktionen scheinen das bevorzugte Instrument unserer Außenpolitik geworden zu sein. Hätten wir darauf bestanden, dass sich die Ukraine an die Minsker Vereinbarungen hält, die wir ausgehandelt und gebilligt haben, wäre das alles nicht passiert. Die Verurteilung von Wladimir Putin ist auch die unsere. Es hat keinen Sinn, hinterher zu jammern – wir hätten früher handeln müssen. Doch weder Emmanuel Macron (als Garant und Mitglied des UN-Sicherheitsrats) noch Olaf Scholz oder Volodymyr Zelensky haben sich an ihre Verpflichtungen gehalten. Letztendlich ist die wahre Niederlage die derjenigen, die keine Stimme haben.

Die Europäische Union war nicht in der Lage, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu fördern – im Gegenteil, sie hat nicht reagiert, als die Ukraine ihre eigene Bevölkerung im Donbass bombardierte. Hätte sie dies getan, hätte Wladimir Putin nicht zu reagieren brauchen. In Abwesenheit der diplomatischen Phase zeichnete sich die EU dadurch aus, dass sie den Konflikt anheizte. Am 27. Februar [erklärte sich die ukrainische Regierung bereit, in Verhandlungen mit Russland einzutreten](#). Doch nur wenige Stunden später [beschloss die Europäische Union ein Budget von 450 Millionen Euro für Waffenlieferungen an die Ukraine](#)

und heizte damit das Feuer weiter an. Von da an waren die Ukrainer der Meinung, dass sie keine Einigung zu erzielen brauchten. Der Widerstand der Asow-Miliz in Mariupol führte sogar zu einer [Aufstockung der Waffenlieferungen um 500 Millionen Euro](#).

In der Ukraine wurden mit dem Segen der westlichen Länder diejenigen beseitigt, die sich für Verhandlungen einsetzen. Dies ist der Fall bei Denis Kirejew, einem der ukrainischen Verhandlungsführer, [der am 5. März vom ukrainischen Geheimdienst \(SBU\) ermordet wurde](#), weil er Russland gegenüber zu positiv eingestellt war und als Verräter galt. Das gleiche Schicksal ereilte Dmitri Demjanenko, den ehemaligen stellvertretenden Leiter der SBU-Hauptdirektion für Kiew und die Region, der am 10. März ermordet wurde, weil er einem Abkommen mit Russland zu positiv gegenüberstand – er wurde von der Mirotvoretz-Miliz („Friedensstifter“) erschossen. Diese Miliz steht in Verbindung mit der Mirotvoretz-Website, [auf der die „Feinde der Ukraine“ mit ihren persönlichen Daten, Adressen und Telefonnummern aufgelistet sind](#), um sie zu verfolgen oder sogar zu beseitigen; eine Praxis, die in vielen Ländern strafbar ist, nicht aber in der Ukraine. Die UNO und einige europäische Länder haben die Schließung dieser Website gefordert, was von der Rada abgelehnt wurde.

Am Ende wird der Preis hoch sein, aber Wladimir Putin wird wahrscheinlich die Ziele erreichen, die er sich selbst gesetzt hat. Seine Beziehungen zu Peking haben sich gefestigt. China entwickelt sich zu einem Vermittler in dem Konflikt, während sich die Schweiz in die Liste der Feinde Russlands einreihet. Die Amerikaner müssen Venezuela und den Iran um Öl bitten, um aus der energiepolitischen Sackgasse herauszukommen, in die sie sich selbst gebracht haben – Guaido verlässt die Szene für immer, und die Vereinigten Staaten müssen die gegen ihre Feinde verhängten Sanktionen kläglich zurücknehmen.

Westliche Minister, [die versuchen, die russische Wirtschaft zum Einsturz zu bringen](#) und [das russische Volk leiden zu lassen](#), oder sogar [zur Ermordung Putins aufrufen](#), zeigen (auch wenn sie teilweise die Form ihrer Worte, nicht aber den Inhalt geändert haben!), dass unsere Führer nicht besser sind als diejenigen, die wir hassen – denn die Sanktionierung russischer Athleten bei den Para-Olympischen Spielen oder russischer Künstler hat nichts mit dem Kampf gegen Putin zu tun.

Wir erkennen also an, dass Russland eine Demokratie ist, da wir der Meinung sind, dass das russische Volk für den Krieg verantwortlich ist. Wenn das nicht der Fall ist, warum wollen wir dann eine ganze Bevölkerung für den Fehler eines Einzelnen bestrafen? Wir sollten uns daran erinnern, dass Kollektivstrafen durch die Genfer Konventionen verboten sind.

Die Lehre, die wir aus diesem Konflikt ziehen müssen, ist unser Sinn für variable geometrische Menschlichkeit. Wenn uns der Frieden und die Ukraine so sehr am Herzen liegen, warum haben wir die Ukraine nicht ermutigt, die von ihr unterzeichneten und von den Mitgliedern des Sicherheitsrates gebilligten Abkommen einzuhalten?

Die Integrität der Medien wird daran gemessen, ob sie bereit sind, sich an die Bedingungen der Münchner Charta zu halten. Während der Covid-Krise ist es ihnen gelungen, [den Hass auf die Chinesen zu schüren](#), und ihre polarisierte Botschaft führt [zu den gleichen Effekten gegenüber den Russen](#). Der Journalismus wird mehr und mehr unprofessionell und militant.

Wie Goethe sagte: „Je größer das Licht, desto dunkler der Schatten.“ Je unverhältnismäßiger die Sanktionen gegen Russland sind, desto mehr verdeutlichen die Fälle, in denen wir nichts getan haben, unseren Rassismus und unsere Unterwürfigkeit. Warum haben westliche

Politiker acht Jahre lang nicht auf die Angriffe gegen die Zivilbevölkerung im Donbass reagiert?

Denn was macht den Konflikt in der Ukraine schließlich verdammenwerter als den Krieg im Irak, in Afghanistan oder Libyen? Welche Sanktionen haben wir gegen diejenigen beschlossen, die die internationale Gemeinschaft vorsätzlich belogen haben, um ungerechte, ungerechtfertigte und mörderische Kriege zu führen? Haben wir versucht, das amerikanische Volk „leiden zu lassen“, weil es uns vor dem Irak-Krieg belogen hat (weil es eine Demokratie ist!)? Haben wir auch nur eine einzige Sanktion gegen die Länder, Unternehmen oder Politiker beschlossen, die Waffen für den Konflikt im Jemen liefern, der als die „schlimmste humanitäre Katastrophe der Welt“ gilt? Haben wir Sanktionen gegen die Länder der Europäischen Union verhängt, die auf ihrem Territorium zum Nutzen der Vereinigten Staaten die schlimmsten Folterungen durchführen?

Die Frage zu stellen heißt, sie zu beantworten ... und die Antwort ist nicht schön.

**[Quelle: The Military Situation In The Ukraine](#)**

**[Übersetzung: Axel](#)**